

Dialog in vermintem Gelände

Die Gespräche zwischen der Militärjunta und der Opposition in Myanmar¹

HANS-BERND ZÖLLNER

I. Einleitung

Vor 10 Jahren hat Jürgen Rüländ in dieser Zeitschrift die Frage, ob sich in Birma ein Wandel hin zur Demokratie abzeichne, negativ beantwortet.² Anlass seiner Überlegungen waren die Parlamentswahl vom 27. Mai 1990 und die ihr vorausgehenden Ereignisse seit dem Militärputsch vom 18. September 1988 sowie die dadurch ausgelösten Diskussionen unter den Birma-Experten. Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben die Richtigkeit der damaligen Analyse voll bestätigt. Die Anfang Januar 2001 bekannt gemachte Nachricht von den Gesprächen zwischen der immer noch regierenden Militärjunta und den Wahlsiegern von 1990 gibt nun Anlass, die damalige Frage in abgewandelter Form erneut zu erörtern.

Die letzten 10 Jahren waren in Birma von einer Konfrontation zwischen der Junta und der Opposition bestimmt. Das regierende Militär, das seit November 1997 unter dem Namen State Peace and Development Council (SPDC) firmiert³, beharrte auf seinem Recht und seiner historischen Pflicht,

¹ Die Machthaber verfügten 1989, ein Jahr nach dem Putsch vom September 1988, dass das Land auch international in Zukunft „Myanmar“ heißen soll. In der birmanischen Sprache hieß es schon vorher so. Ähnliche Änderungen wurden für Landesteile, Städte (etwa Yangon für Rangun) und Flüsse vorgenommen. Die USA als einziger Staat und viele Gruppen, die die Legitimität der Regierung seit 1988 bezweifeln, lehnen es ab, den Namen „Myanmar“ zu verwenden. Sie benutzen weiter den vorher im englischen Sprachraum international üblichen Namen „Burma“. Im korrekten Diplomatendeutsch hieß das Land vor 1989 allerdings „Birma“. Der Autor verwendet „Myanmar“ für die Zeit nach 1989 und „Birma“, „Birmanen“, „birmanisch“ für die Zeit davor. Die größte ethnische Gruppe im Lande wird als „Burmesen“ (Adjektiv: „burmesisch“) bezeichnet.

² Jürgen Rüländ, Ein Birmanischer Weg zur Demokratie? Zu den Chancen politischen Wandels in einer „Orientalischen Despotie“, in: *Internationales Asienforum*, 22. Jahrgang, 1991, S. 87–106.

³ Von 1988 bis 1997 lautete der Name: State Law and Order Restoration Council (SLORC). Gleichzeitig mit der Umbenennung wurden die meisten Mitglieder des Rates ausgewechselt und die Regierung umgebildet.

für einen geordneten Übergang hin zu einem Mehrparteiensystem zu sorgen.⁴ Die Regierung verhinderte das Zusammentreten des 1990 gewählten Parlaments. Zahlreichen Parlamentariern wurde das Mandat aberkannt. Andere traten auf Grund des von Seiten der Junta ausgeübten Drucks zurück.⁵ Die eindeutige Wahlsiegerin von 1990, die National League for Democracy (NLD), forderte dagegen die Anerkennung des Wahlergebnisses von 1990 ein. Sie unterstrich diese Forderung durch die Einsetzung eines 10-köpfigen „Notparlaments“ am 17. September 1998, das alle Erlasse der Regierung seit 1988 außer Kraft setzte.⁶

Keine der beiden Seiten konnte sich durchsetzen. Dem Militär gelang es nicht, den Einfluss von Aung San Suu Kyi, Generalsekretärin der NLD, Symbolfigur der Opposition, Tochter des Nationalhelden Aung San und Trägerin des Friedensnobelpreises 1991, auszuschalten. Die ehrgeizigen Ziele einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung des Landes wurden nicht erreicht.⁷ Die Aktivitäten der Opposition waren angesichts der Repressionen der Junta auf Aktionen von vorwiegend symbolischem Charakter beschränkt. Sie zielten vor allem darauf ab, die Anhänger im Lande bei der Stange zu halten und dazu beizutragen, dass die Aufmerksamkeit des Auslands weiter auf die skandalösen Zustände in Myanmar gerichtet blieb.

Im September 2000 gab es die letzte derartige Aktion. Aung San Suu Kyi und der Stellvertretende Vorsitzende der NLD, Tin U⁸, versuchten, von Yangon aus mit der Bahn eine Reise ins Land zu unternehmen, um Mitglieder der Partei zu treffen. Der Versuch wurde – wie andere vor ihm – von der Regierung vereitelt. Aung San Suu Kyi wurde in ihr Haus zurückgebracht und stand seitdem de facto unter Hausarrest, zahlreiche Anhänger der Partei wurden am Hauptbahnhof verhaftet, darunter auch Tin U.

⁴ Die Begründungen für die offizielle Politik werden im 1992 gegründeten und dem militärischen Geheimdienst zugeordneten Office of Strategic Studies (OSS) entwickelt. Leitende Mitarbeiter dieser Einrichtung vertreten die offizielle Linie in der Öffentlichkeit. Die Broschüre von Oberstleutnant Hla Min „Political Situation Of Myanmar And Its Role In The Region“ erschien im Oktober 2000 in der 26. Auflage. Sie ist im Internet unter <http://www.myanmar-information.net/political/politic.html> zu finden.

⁵ Zu Einzelheiten siehe *Südostasien aktuell*, Juli 2000, S. 291f.

⁶ Eine Darstellung der NLD mit einer Reihe ihrer Stellungnahmen bis 1999 findet sich im Internet unter www.angelfire.com/ok/NLD. Außerdem siehe www.soros.org/burma.

⁷ Eine umfassende Darstellung der Zeit seit 1988 gibt David I. Steinberg, *Burma. The State of Myanmar*, Washington, D.C., 2001.

⁸ Tin U, geb. 1927, wurde 1974 unter Ne Win General und Verteidigungsminister und galt als dessen Thronerbe. 1976 wurde er mit anderen Offizieren im Zusammenhang mit einer Verschwörung gegen das Regime angeklagt, verurteilt und 1980 auf Grund einer Amnestie entlassen.

Die politische Patt-Situation in Myanmar hat internationale Auswirkungen. Während die USA und die Europäische Union eine Reihe von Sanktionen beschlossen haben, erhält Myanmar die politische und wirtschaftliche Unterstützung Chinas und einiger Staaten des ASEAN-Bündnisses. Trotz westlicher Einwände wurde Myanmar 1997 als Vollmitglied aufgenommen. ASEAN hat eine Politik des „konstruktives Engagements“ auf der Basis einer grundsätzlichen Nichteinmischung zur Leitlinie der Politik gegenüber Myanmar wie den anderen Mitgliedern erklärt. Für Konferenzen zwischen der ASEAN und der EU – wie zuletzt im Dezember 2000 in Vientiane – ist die Frage des Umgangs mit Myanmar eine ständige Belastung. An dem Treffen in Laos, dem ersten nach drei Jahren, nahm keiner der Außenminister der EU teil.

In Deutschland spiegelt sich Konfrontation in einer gespaltenen Berichtserstattung über Myanmar wider.⁹ Außerdem hat die politische Lage im Lande dazu beigetragen, dass die Forschung zu Politik und Geschichte, vor allem zur jüngeren Geschichte des Landes, fast zum Erliegen gekommen ist. Zugespitzt formuliert: Es gibt seit 10 Jahren weder in Myanmar noch im Ausland einen nennenswerten Diskurs über einen Ausweg aus der Blockade der Politik des größten Landes Südostasiens.¹⁰

Auf dem Hintergrund dieser Situation wirkte die Nachricht von Anfang Januar 2001 elektrisierend. Die letzten Gespräche zwischen beiden Seiten, an denen Aung San Suu Kyi direkt beteiligt war, hatten 1994 stattgefunden. Die Nachricht eröffnete die Möglichkeit einer Überwindung der seit über einem Jahrzehnt andauernden Stagnation der politischen Entwicklung Myanmars.

Im folgenden wird der Frage nachgegangen, ob diese Möglichkeit realistischer ist als die Hoffnung auf einen „Birmanischen Weg zur Demokratie“ im Jahre 1991. Zuerst werden die Nachrichten aus dem 1. Halbjahr 2001 über die Gespräche und die Reaktionen darauf zusammengefasst. Daran anknüpfend wird die Hypothese vorgestellt, dass die andauernde Patt-Situation die Legitimität des Anspruchs auf politische Führung beider sich gegenüber stehenden Seiten unterhöhlt haben könnte und dass dieses Problem nur durch einen Kompromiss zwischen beiden Seiten zu lösen ist. Dieser Kompromiss wird auf der Grundlage der burmesisch-buddhistischen Traditionen von legitimer Herrschaft gesucht, denen die beiden Protagonisten des Dia-

⁹ Die beiden Periodika, die regelmäßig Berichte und Kommentare zur Situation in den Ländern Südostasiens publizieren, spiegeln in gemilderter Form die Standpunkte der beiden sich in Myanmar gegenüberstehenden Kräfte wider. Günter Siemers kommentiert in *Südostasiens aktuell* den Regierungskurs verständnisvoll, die *Südostasiens Informationen* stützen im wesentlichen die Haltung der Opposition.

¹⁰ Die wenigen in den letzten Jahren erschienenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die für das Verständnis der jetzigen Situation hilfreich sind, werden in Text und Anmerkungen genannt.

logs, Generalleutnant Khin Nyunt und Aung San Suu Kyi, auf unterschiedliche Weise verpflichtet sind.

Der begonnene Dialog provoziert aber notwendigerweise Reaktionen von verschiedenen an den Gesprächen nicht beteiligten Gruppen, die ein legitimes Interesse an Myanmars politischer Entwicklung haben. Diese Reaktionen können einen Erfolg der Gespräche ebenso gefährden wie Interessen von Gruppen innerhalb des Militärs und der NLD, die von denen Khin Nyunts und Aung San Suu Kyis abweichen.

II. Die Nachrichten

Der UN-Sonderbeauftragte für Myanmar, der malaysische Diplomat Razali Ismail, ließ am 9. Januar 2001 mitteilen, dass im Oktober 2000, also kurz nach der letzten Konfrontation zwischen SPDC und NLD am Hauptbahnhof der Hauptstadt, Gespräche zwischen den führenden Köpfen der beiden Seiten begonnen hätten. Für den SPDC führte dessen 1. Sekretär Khin Nyunt¹¹ die Gespräche, für die NLD deren Generalsekretärin Aung San Suu Kyi. Beide Seiten, so wurde erklärt, seien „zufrieden mit den bisher auf dem Gebiet der Vertrauensbildung erreichten Ergebnissen“.¹² Die Gespräche sollten fortgesetzt werden, über die Gesprächsinhalte hätten beide Seiten Still-schweigen vereinbart.

Razali, ehemaliger Vertreter Malaysias bei der UNO, hatte das Amt im April 2000 angetreten. Sein Vorgänger de Soto war an seiner Aufgabe gescheitert, zwischen den in Myanmar miteinander streitenden Parteien zu vermitteln. Razali hatte im Mai und Oktober 2000 zwei Reisen nach Myanmar unternommen, bei denen er unter anderem mit Khin Nyunt und Aung San Suu Kyi konferiert hatte. Das Zustandekommen des Dialogs wird auf seine Initiative zurückgeführt.¹³

In den Tagen nach der Bekanntgabe der Gespräche gab es Ereignisse, die sich als erste Früchte der Gespräche verstehen ließen. Die heftigen Angriffe der staatlich gelenkten Medien gegen Aung San Suu Kyi und ihre

¹¹ Khin Nyunt hat wie die anderen führenden Mitglieder des SPDC eine Fülle von Ämtern inne. Er war schon vor 1988 Chef des Geheimdienstes und steht somit auch an der Spitze des OSS.

¹² Associated Press vom 9.1.2001. Diese und andere aktuelle Informationen sind BurmaNet entnommen (Informationen und Subskription unter www.burmanet.org).

¹³ Der Anstoß dazu, mit Hilfe der Vereinten Nationen einen erneuten Versuch zu einer Überwindung der Konfrontation in Birma zu unternehmen, geht wohl auf eine informelle Konferenz in London im Oktober 1998 zurück (siehe die Bangkokener Zeitung *The Nation* vom 8.12.1998).

Partei, die darauf zielten, die Generalsekretärin und die Mitglieder der NLD als Agenten ausländischer „Neo-Kolonialisten“ zu verunglimpfen, wurden eingestellt. Zahlreiche Mitglieder der NLD wurden aus den Gefängnissen oder gefängnisähnlichen Internierungen entlassen. Der prominenteste unter ihnen war Tin U. Stellungnahmen von Aung San Suu Kyi und anderen Vertretern der NLD bestätigten die Vereinbarung des Stillschweigens über konkrete Inhalte der Gespräche. Das unterstrich die von der UN bekannt gemachte Einschätzung der Ernsthaftigkeit der Kontakte.

Die Nachricht von den Gesprächen wurde unterschiedlich aufgenommen. Es gab überwiegend positive Kommentare, auch von erklärten Gegnern des Regimes.¹⁴ Auf der anderen Seite gab es skeptische Reaktionen, die darauf verwiesen, dass die letzten Gespräche vor sieben Jahren von der Junta mit der Begründung beendet worden seien, dass Aung San Suu Kyi zu keinen Kompromissen bereit sei. Die Gespräche könnten, so wurde geargwöhnt, ein – weiterer – Propaganda-Coup der Regierung sein.¹⁵ Weiter gab es die kaum verhüllte Befürchtung, dass die Gespräche eine Bedrohung für zahlreiche an dem in Gang gekommenen Prozess nicht beteiligte Gruppen sein könnten. Dass die Opposition in den Gesprächen mit dem SPDC allein von Aung San Suu Kyi vertreten werde, sei auf die Dauer nicht akzeptabel.

Typisch für die skeptische Reaktion von birmanischen Exil-Gruppen war die Erklärung, die am Ende eines Treffens deutscher Birma-Gruppen am 21. März 2001 in Bonn veröffentlicht wurde. Das Treffen war auf Initiative des Brüsseler Euro-Burma Office, das die Interessen der Opposition in Myanmar bei der EU vertritt und von dem Nachkommen eines Schan-Prinzen geleitet wird, zustande gekommen. Die Teilnehmer stellten nach ihrem Gedankenaustausch fest, dass die bisherigen Gespräche noch keinen „wahren Dialog“ darstellten. Die nicht-burmesischen ethnischen Gruppen müssten so bald wie möglich in die Gespräche einbezogen werden. Weitere Zugeständnisse seien nötig. Dazu sei es nötig, dass die Nicht-Regierungs-Organisationen weiter Druck ausübten.¹⁶

¹⁴ Der Autor hielt sich Mitte Januar 2001 in Yangon auf und nahm auch bei engagierten Regimegegnern eine durchgehend hoffnungsvolle Reaktion auf die neue Entwicklung wahr. – Die oppositionelle Rundfunkstation Democratic Voice of Burma berichtete von positiven Reaktionen aus der NLD. Ein Sprecher der All Burma Student Democratic Front (ABSDF), die sich dem Kampf ethnischer Rebellen Gruppen gegen die Zentralregierung angeschlossen hatte, sprach gar von einem „historischen Durchbruch nach 12 Jahren des Kampfes“ (Reuters vom 11.1.2001).

¹⁵ Bertil Lintner in einem Radio-Interview am 10.1.2001.

¹⁶ Für den Text der Resolution siehe www.asienhaus.de/burma, unter „Aktivitäten“.

Im Mai gab es Berichte, in denen die Vermutung geäußert wurde, dass die Gespräche kurz vor dem Scheitern stünden.¹⁷ In diesem Zusammenhang wurde eine Entscheidung Japans, Myanmar ein größeres Darlehen zu gewähren, als voreilig kritisiert.¹⁸

Anfang Juni besuchte Ismail Razali erneut Myanmar. Die Einschätzungen auch dieses Besuchs gingen weit auseinander.¹⁹ Über den Inhalt der Gespräche zwischen Junta und NLD wurde wieder nichts veröffentlicht. Die Regierung ließ aber einige Tage nach dem Ende des Besuchs weitere politische Gefangene frei. In Rangun konnten 18 örtliche Büros der NLD wieder geöffnet werden, die als Reaktion auf die Einsetzung des „Notparlaments“ von der Regierung geschlossen worden waren. Es gab Gerüchte, nach denen Aung San Suu Kyis Hausarrest beendet sei.

Diese Auswahl aus den Nachrichten im Zusammenhang mit den Gesprächen verdeutlicht, wie unsicher die Einschätzung dessen ist, was da seit Oktober 2000 hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Diese Unsicherheit lässt sich mit einem Paradox umschreiben, das Myanmars besondere Stellung in der Familie der Nationen einer globalisierten Welt verdeutlicht. Seit der Nachricht vom 9. Januar 2001 werden die Gespräche zwischen der Junta und der Opposition zugleich in einem geschlossenen Raum und auf der Bühne der Weltöffentlichkeit geführt. Aung San Suu Kyi, Anwältin einer offenen, demokratischen Gesellschaft für ein zukünftiges Myanmar, ist daran beteiligt, den Raum der Gespräche geschlossen zu halten. Khin Nyunt dagegen, der Vertreter einer sich von der westlichen Welt abkapselnden Junta, begibt sich mit der von ihm gebilligten Veröffentlichung der Gespräche durch den UN-Diplomaten auf die internationale Bühne, vor deren Gefahren das Militär das Land bisher schützen wollte.

III. Ein Dialog um das Erbe Aung Sans

Als einen Grund für seine Skepsis gegenüber der Wahrscheinlichkeit eines Wandels zu einer demokratischen Gesellschaft führte Rüländ vor zehn Jahren auch an, dass Birmas Politik in den letzten Jahrhunderten maßgeblich durch Gewalt und Gegengewalt geprägt war.²⁰ Dieses Argument wird im

¹⁷ *Far Eastern Economic Review*, 10.5.2001, Bericht von Shawn W. Crispin und Bertil Lintner.

¹⁸ Stellungnahme des National Council of the Union of Burma auf einer Bangkokker Konferenz (Associated Press vom 18.5.2001).

¹⁹ Reuters meldete am 4.6.2001, der Diplomat habe seinen Besuch in positiver Stimmung (*upbeat*) beendet, die BBC meldete am Abend desselben Tages, er sei deprimiert (*downbeat*) abgereist.

²⁰ Jürgen Rüländ (Anm. 2), S. 94–96.

folgenden im Blick auf die Frage nach der Legitimität von Herrschaft im nachkolonialen Birma konkretisiert.

Es war die nationale birmanische – genauer: burmesische – Armee, die unter Führung Aung Sans mit ihrem Kampf erst gegen die Briten (1941/42 an der Seite der Japaner), dann gegen die Japaner (ab 27.3.1945 an der Seite der Alliierten) und schließlich mit der Kampfandrohung gegen die Briten (ab September 1946) die Grundlage für die im Januar 1948 erfolgte Unabhängigkeit Birmas von Großbritannien legte. Die Tatmadaw – so die traditionelle birmanische Ehrenbezeichnung für die Streitkräfte – knüpfte an die Traditionen des birmanischen Königtums an und entwickelte sich aus den Ideen und Organisationen heraus, die als Ausdruck des Strebens nach Unabhängigkeit innerhalb der kolonialisierten birmanischen Gesellschaft ab 1930 Gestalt annahmen.²¹

Die Militärputsche von 1962 und 1988 wurden damit legitimiert, dass mit ihnen in der Nachfolge des Politikers und Generals Aung San politisches Chaos und der drohende Verlust der Unabhängigkeit abgewendet wurden.²² Dabei konnte auf die massive Gewalt gegen die Organe der staatlichen Autorität hingewiesen werden, mit der ethnische und kommunistische Gruppierungen die Zentralregierung von 1948 bis etwa 1990 bedrohten. Beides zusammen ist Ausdruck einer andauernden Legitimitätsproblematik. Die Unabhängigkeit des Landes – und damit das Erbe Aung Sans – stand nie auf einer sicheren Grundlage, deren Legitimität allgemein anerkannt war. Die Unabhängigkeit musste daher gewissermaßen immer wieder neu erkämpft werden²³, und zwar in der Tradition des Unabhängigkeitshelden Aung Sans

²¹ Näheres bei Hans-Bernd Zöllner, Birma zwischen „Unabhängigkeit Zuerst – Unabhängigkeit Zuletzt“. Birmas Unabhängigkeitsbewegungen und ihre Sicht der zeitgenössischen Welt am Beispiel der birmanisch-deutschen Beziehungen zwischen 1920 und 1948, Hamburg 2000, S. 364ff; S. 437ff. Siehe außerdem die ausgezeichnete Studie über Birmas Armee bis 1962 von Mary Patricia Callahan, *The Origins of Military Rule in Burma*. A Dissertation Presented to the Faculty of the Graduate School of Cornell University, 1996. Diese für das Verständnis der jüngeren Geschichte Birmas m.E. unentbehrliche Dissertation ist in Deutschland nur als Kopie über die UMI-Dienste (www.umi.com – UMI Number 9628415) zugänglich.

²² Vor jedem birmanischen Personennamen steht ein Präfix, ein Titel oder eine Selbstbezeichnung, die den Status der jeweiligen Person verdeutlicht. Der Unabhängigkeitsheld wird seit seinem Tode durchweg als Bogyoke (General) Aung San bezeichnet. Sein militärischer Rang ist damit Bestandteil seines Namens geworden.

²³ Aung San Suu Kyi hat diesen Sachverhalt in ihrer ersten großen Rede im August 1988 prägnant formuliert, als sie von „Birmas zweitem Kampf um die Unabhängigkeit“ sprach. Siehe Suu Kyi, *Speech to a Mass Rally at the Shwedagon Pagoda (26.8.1988)*, in: Suu Kyi, *Freedom from Fear and Other Writings*. Forward by Václav Havel. Edited with an Introduction by Michael Aris. Penguin Books, 1991, S. 198–204, hier S. 199. Michael Aung Thwin behauptete 1988, dass das „wahre Datum“ der birmanischen Unabhängig-

immer auch mit militärischen Mitteln. In der Geschichte des unabhängigen Birma²⁴ hat es keine verfassungskonformen Machtwechsel gegeben. Unter den für Birmas Politik maßgeblichen Kräften gab es keinen auf Dauer tragfähigen Konsens über die Grundlagen legitimer politischer Macht.

Der erste Premierminister des Landes, Nu, war nur scheinbar der allgemein anerkannte Erbe des Vermächtnisses seines Weggefährten Aung San nach dessen Ermordung. Kurz nach dem Beginn seiner Regierung stellte der bewaffnete Aufstand der burmesischen Kommunisten und die Rebellion der politisch organisierten Karen die Legitimität der Regierung massiv in Frage. Als diese erste Staatskrise überwunden war und die Aufständischen aus dem burmesischen Kernland zurück gedrängt worden waren, gab es die nächste Krise. Die Sammlungsbewegung Anti-Fascist People's Freedom League (AFPFL), unter deren politischer Führung das Land die Unabhängigkeit errungen und die Wahlen zum ersten Nachkriegsparlament Birmas eindeutig gewonnen hatte, drohte sich zu spalten. Daraufhin übergab Nu die Regierung an den bisherigen Verteidigungsminister Ba Swe (1956/57), um sich selbst auf die Reorganisation der Liga konzentrieren zu können. Der Versuch misslang. Nach der erfolgten Spaltung der AFPFL kam eine zweite Übergabe der Macht, diesmal an den Oberkommandierenden der Streitkräfte und Mitstreiter Aung Sans, General Ne Win (1958–1960). Beide Machtübergaben erfolgten zwar nicht gegen die Verfassung von 1947, interpretierten diese aber höchst eigenwillig. Später war Ba Swe in den Wahlen von 1960 ein erfolgloser und Ne Win durch den Putsch von 1962 der erfolgreiche Rivale Nus.

Nach dem Putsch von 1962 versuchte der Revolutionsrat Birmas Politik auf eine neue Grundlage zu stellen. Die 1974 verabschiedete Verfassung sollte einen Übergang von der Militärregierung zu einer zivilen Regierung unter Führung der Einheitspartei Burma Socialist Programme Party (BSPP) sichern. Auch dieser Versuch scheiterte, wie die Unruhen von 1988 deutlich zeigten. Im Juni dieses Jahres zog der Ex-General Ne Win die Konsequenzen und trat von seinen letzten Ämtern zurück. Er empfahl die Einführung eines Mehrparteiensystems. Der letzte Vorsitzende der BSPP, der Jurist Maung Maung, bemühte sich, diesen Wandel nach den Regeln der gültigen Verfassung in die Wege zu leiten. Die Forderungen der Demonstranten nach

keit nicht der 4. Januar 1948, sondern der 2. März 1962 gewesen sei. Siehe Michael Aung Thwin, 1948 and Burma's Myth of Independence, in: Josef Silverstein (Hrsg.), Independent Burma at Forty Years: Six Assessments. Ithaca, New York, 1989, S. 19–34. Ähnlich Robert Taylor, The State in Burma. London, 1987.

²⁴ Die von den Briten zwischen 1885 und 1947 beschlossenen und in Birma praktizierten verfassungsähnlichen Bestimmungen, nach denen ab 1937 mehrere birmanische Premierminister an der Spitze einer Regierung standen, können hier außer Acht gelassen werden, da die „Pax Britannica“ ... aus den Gewehrläufen [kam]“ (Rüland (Anm.2), S. 94).

sofortiger Einsetzung einer Übergangsregierung machten dieses Unterfangen zunichte. Nach dem Putsch vom September 1988 nahm der SLORC den Vorschlag Ne Wins und die Vorarbeiten unter Maung Maung auf und organisierte die 1990 abgehaltenen Wahlen, deren Ergebnis dann ignoriert wurde.²⁵ Zahlreiche Studenten, die 1988 auf die Straßen gegangen waren, flüchteten wie andere vor ihnen seit 1948 in den Dschungel, um dort den bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung an der Seite der dort immer noch kämpfenden nicht-burmesischen ethnischen Gruppen zu beginnen.

Dieser Überblick zeigt, dass es für einen Erfolg der im Oktober 2000 begonnenen Gespräche zur Beendigung der Konfrontation zwischen Militärregierung und Opposition keinen Präzedenzfall in der Geschichte des Landes gibt. In dieser historischen Beispiellosigkeit liegt der wesentliche Grund für die Unsicherheit in der Einschätzung der Gespräche und auch für die Schwierigkeit der Analyse des begonnenen Dialogs.

Diese Schwierigkeit allerdings hat ihre Parallelen in der Geschichte des Landes. Eine davon wird in einer Anekdote aus dem Jahr 1940 auf den Punkt gebracht. Nach dem Ausbruch des Krieges in Europa herrschte in Birma politische Hochspannung, die sich an der Frage nach der Stellung Birmas zum Krieg entzündete. Kurz nach Kriegsbeginn war der Freedom Bloc als eine überparteiliche Einheitsfront gegründet worden. Der Block hatte die Unterstützung Großbritanniens im Krieg von einer verbindlichen Zusage der Unabhängigkeit Birmas abhängig gemacht und fand damit große Zustimmung unter der Bevölkerung. Sein Präsident war Dr. Ba Maw, der erste Ministerpräsident des 1937 von Indien abgetrennten Birma und der Staatschef des von Japan im August 1943 für unabhängig erklärten Birma. Generalsekretär des Blocks war Thakin²⁶ Aung San. Er vertrat die radikale Dobama Asiayone (Wir-Birma-Vereinigung) und wurde 1943 unter Ba Maw Verteidigungsminister. Anfang 1940 gab es einen Empfang zu Ehren von Sir Stafford Cripps, einem Labour-Politiker, der Indien wie Birma wohlgesonnen war. Dr. Ba Maw wurde von dem Gast gefragt, wie sich die Birmanen wohl verhalten würden, wenn ihnen von Seiten Großbritanniens nicht alles zugestanden werden würde, was sie forderten. Die Birmanen würden auf die birmanische Art handeln, war Dr. Ba Maws Antwort. Und

²⁵ Zu den Vorgängen von 1988 siehe die Memoiren des letzten Vorsitzenden der BSPP Maung Maung, *The 1988 Uprising in Burma*. Foreword by Franklin Mark Osanka, New Haven, Conn., 1999. Maung Maungs Darstellung ist ebenso parteiisch wie die in Bertil Lintners Buch „Outrage“ von 1989 gegebene. Eine unabhängige Darstellung und Würdigung der Ereignisse von 1988 und der Rolle der auf beiden Seiten eingesetzten Gewalt steht noch aus.

²⁶ „Herr, Meister“, dem indischen „Sahib“ entsprechend. Titel, den sich die Angehörigen der Dobama Asiayone beilegen, um ihren Anspruch auf Herrschaft über das Land anstelle der Briten, die üblicherweise mit diesem Wort tituliert wurden, zu betonen.

auf die Nachfrage, was denn die „birmanische Art“ sei, kam die Antwort, das sei ein „birmanisches Geheimnis“.²⁷

Die im folgenden entfaltete Hypothese zum Verständnis der jüngsten Gespräche geht davon aus, dass hier ein Versuch zur Auflösung der politischen Blockade in Myanmar vorliegt, der der „burmesischen Art“ entspricht. Die Gespräche haben in den Traditionen der größten ethnischen Gruppe des Landes ihre Wurzeln, die traditionell die politische Führungsrolle in Birma beansprucht und innegehabt hat. Der Schleier des „burmesischen Geheimnisses“ soll mit Hilfe des Modells dynastischer Nachfolgeregelungen zumindest ein wenig gelüftet werden. Damit stützt sich diese Hypothese auf Überlegungen, die im wesentlichen dem Bereich der von Rüländ besonders gewürdigten sozio-kulturellen Faktoren zuzurechnen sind.²⁸

Aung San als Vater des unabhängigen Birma

Das einzige von der überwiegenden Mehrheit der Birmanen anerkannte Symbol für das unabhängige Birma nach 1948 sind Aung San und sein zum Mythos gewordenes Erbe. Der Unabhängigkeitsheld wird von fast allen Parteien und Gruppen des Landes als „Vater“ des nachkolonialen Birma angesehen²⁹ und vereint in dieser Funktion auch die bisherigen Abschnitte in der Geschichte des Landes seit 1948. Nu trat in seine Fußstapfen und Ne Win versuchte seine Herrschaft zu legitimieren, indem er den „Birmanischen Weg zum Sozialismus“ als die Realisierung des Erbes Aung Sans propagierte. Sowohl Aung San Suu Kyi als auch die Junta beanspruchen, in seinem Namen zu handeln. Beide haben damit allerdings ein gemeinsames und mindestens je ein eigenes Problem.

Nu und Ne Win sowie zahlreiche ihrer politischen Mitstreiter waren Weggefährten Aung Sans. Sie hatten zu der radikalen Thakin-Bewegung gehört, die wesentliche Trägerin der zur Unabhängigkeit Birmas führenden Entwicklung war.³⁰ Die jetzigen Kontrahenten im Streit um Legitimität und Macht stammen aus einer anderen Generation und können daher nicht direkt

²⁷ Ba Maw, *Breakthrough in Burma. Memoirs of a Revolution, 1939–1946*, New Haven and London 1968, S. 89.

²⁸ Siehe dazu Rüländ (Anm. 2), S. 101–105.

²⁹ Nur die von Aung San 1946 aus der AFPFL ausgeschlossenen birmanischen Kommunisten bezweifelten auch verbal den Führungsanspruch des Nationalhelden in den Unabhängigkeitsbewegungen Birmas. Die kommunistischen Parteien Birmas lösten sich allerdings mit dem Ende der Sowjetunion auf.

³⁰ Zur Thakin-Bewegung siehe Hans-Bernd Zöllner (Anm. 21), S. 145ff, S. 336ff, S. 398ff und passim. Ne Win gehörte allerdings einer anderen Fraktion der Bewegung an als Aung San und Nu.

auf das Erbe Aung Sans zurückgreifen. Sie müssen die Rolle des Vaters der Nation neu definieren, um sie für sich nutzen zu können. Das tun sie auf unterschiedliche Weise.

Die Junta ließ nach 1988 eine Reihe neuer Standbilder Aung Sans aufstellen und demonstrierte damit ihren Anspruch auf die legitime Nachfolge des Nationalhelden. Diese Statuen sind mittlerweile wieder entfernt worden.³¹ Ebenso wurden Geldscheine, die Aung Sans Bild zeigten, aus dem Verkehr gezogen. Bei nationalen Feiertagen wird Aung San kaum noch direkt erwähnt. All das hängt damit zusammen, dass schnell erkannt wurde, dass jede Erwähnung des „Vaters der Nation“ ein Hinweis auf seine Tochter und die von ihr geführte Partei war. Anstelle der direkten Anknüpfung an Aung San inszenierte die Junta die von Gustaaf Houtman³² so genannte ideologische und praktische „Myanmarisierung“ des Landes. Mit ihr sollte „myanmarische Kultur“ die Grundlage für eine zeitgemäße birmanische Identität werden. Dieser Versuch kann aber schon deshalb so lange nicht erfolgreich sein, wie die zentralen politischen Feiertage des Landes untrennbar mit Daten des Lebens³³ und des Sterbens³⁴ Aung Sans verbunden sind.

Aung San Suu Kyi hat sich in ihren frühen Reden und Interviews ebenfalls sehr direkt auf ihren Vater berufen. Ihr kam dabei zugute, dass sie von vielen Birmanen als dessen weibliche Inkarnation angesehen wurde. So konnte sie das Handicap wettmachen, dass sie seit ihrem 15. Lebensjahr bis zum Jahr 1988 Birma nur von Besuchen her kannte. Inhaltlich stützte sie sich von Anfang an auf ein Konzept von Demokratie als dem ideologischen Fundament eines zukünftigen Birma, das sich von dem ihres Vaters stark unterscheidet. Ihre an Gandhi angelehnte Strategie des politischen Handelns lässt sich nicht in Übereinstimmung mit der militanten Grundhaltung ihres Vaters bringen, der Gandhis Widersacher Subhas Chandra Bose zum Vorbild hatte.

Die jeweiligen Neuansätze der Junta (unter Federführung Khin Nyunts und seiner Helfer) und Aung San Suu Kyis sind Ausdruck der Tatsache, dass sich beide nur auf Teile des Erbes Aung Sans berufen können. Damit

³¹ Eigene Beobachtung am alten Königspalast in Mandalay bei Besuchen in den Jahren 1992 und 2000.

³² Gustaaf Houtman, *Mental Culture in Burmese Crisis Politics. Aung San Suu Kyi and the National League for Democracy*, Tokio 1999, S. 15–176.

³³ Tag der Streitkräfte am 27. März zur Erinnerung an den Beginn des militärischen Kampfes gegen die Japaner 1945; Union Day am 12. Februar zur Erinnerung an den Abschluss des Abkommens von Panglong, mit dem 1947 der Weg für ein multiethnisches Birma beschritten wurde.

³⁴ Märtyrer-Tag am 19. Juli zur Erinnerung an die Ermordung Aung Sans und von Mitgliedern seines Kabinetts im Jahr 1947.

muss ihr Anspruch auf Legitimität fragmentarisch bleiben. Aung San war zugleich Politiker, Militär und charismatischer Führer. Nach ihm fielen diese Elemente auseinander. Die beiden jetzt miteinander Redenden repräsentieren das einheitsstiftende, religiös fundierte Charisma (Aung San Suu Kyi) und die ebenfalls einigende militärische Stärke (die Junta). In den Begriffen der traditionellen burmesischen Kategorien, die Macht und Einfluss begründen: Das Militär verfügt über *ana* (Autorität), Aung San Suu Kyi über *awza* (Einfluss).³⁵ Aung San aber besaß beides. Nur in einer Zusammenarbeit und damit einer Vereinigung beider Elemente lässt sich eine Politik begründen, die sowohl Aung Sans Erbe als auch den Anforderungen der Gegenwart genügt.

b) Die Aung-San-Dynastie

Maung Maung, im August und September 1988 Präsident Birmas und letzter Vorsitzender der BSPP, hat in seinen Erinnerungen an jenes kritische Jahr darauf hingewiesen, dass Aung San Suu Kyis Betreten der politischen Bühne Birmas auf dem Hintergrund eines dynastischen Denkens zu sehen ist, das schon zu Zeiten ihres Vaters seinen Anfang nahm. Aung San nahm, nach Maung Maung als Ergebnis der Überredung durch andere, seinen älteren Bruder in sein Kabinett auf. Weiter verweist Maung Maung darauf, dass Sein Win, Sohn des 1947 mit Aung San ermordeten Bruders und somit ein Vetter Aung San Suu Kyis, heute an der Spitze einer birmanischen „Exilregierung“ steht.³⁶

Die hier von Maung Maung angedeutete Fragwürdigkeit der Begründung politischer Legitimität der „Demokratie-Aktivistin“ Aung San Suu Kyi geht in der Tat auf Aung San zurück. Dieser versuchte Birmas Politik auf eine den zeitgenössischen Standards entsprechende Basis zu stellen, entsprach aber, wie Susanne Prager nachgewiesen hat, in seinem ganzen Werdegang den traditionellen birmanischen Kriterien eines *min laung*, eines kommenden Königs.³⁷ Er verkörperte damit ein Problem, das sich in jeder postkolonialen Gesellschaft stellt. Die gegen die Kolonialherren Kämpfenden mussten den

³⁵ Zu den beiden Konzepten siehe David Steinberg (Anm. 7), S. 42, und Gustaaf Houtman (Anm. 32), S. 167–176.

³⁶ Maung Maung (Anm. 25), S. 270. Sein Win gewann bei den Wahlen von 1990 ein Mandat, verließ dann Birma und führt seit 1991 die National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB).

³⁷ Siehe Susanne Prager, Nationalismus als kulturelle Reproduktion. Aung San und die Entstehung des postkolonialen Birma. Heidelberg 1998. (Die Arbeit ist nur in einem Exemplar in der Universitätsbibliothek Heidelberg zugänglich; Signatur: 2000Q49.) Vgl. Hans-Bernd Zöllner (Anm. 21), S. 469ff.

Vorstellungen einer mehrheitlich traditionsgeleiteten ländlichen Bevölkerung von einem gerechten Staat ebenso Rechnung tragen wie den Ideen der städtischen Eliten, die die verschiedenen Konzepte der jeweiligen zeitgenössischen Moderne zu rezipieren versuchten. Aung San starb, bevor er nachweisen konnte, dass er dieser doppelten Aufgabe nicht nur in Krisenzeiten gewachsen war. Seine Nachfolger scheiterten. Im heutigen Myanmar ist mehr als deutlich, dass das Land weder nach innen gut regiert, noch nach außen gut vertreten wird. Das von Aung San hinterlassene Problem der „doppelten Legitimation“ wartet in Myanmar noch auf eine Lösung.

Das muss für diejenigen, die sich auf Aung San berufen, die sich seinem Erbe verpflichtet fühlen und es seit 10 Jahren zu verwirklichen versuchen, außerordentlich frustrierend und daher Anlass für einen Neuanfang sein. Beide Seiten können dafür auf das Modell des „zyklischen Wandels“ zurückgreifen, das seinen Ursprung in der buddhistischen Kosmologie hat und das für die Analyse der buddhistisch-burmesischen Geschichte außerordentlich hilfreich ist.³⁸ Danach haben sich im Rahmen einer in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes begründeten Dynastie Aung Sans nach 1948 kürzere Zyklen von Aufstieg und Fall abgespielt³⁹, die nun einen neuen Anfang erfordern und möglich machen. Dieses Modell ist tragfähiger als die Annahme einer generell mit dem Buddhismus gegebenen Versöhnungsbereitschaft.⁴⁰

c) Die Vertreter der Erben: Khin Nyunt und Aung San Suu Kyi

Es ist in der bisherigen Diskussion um die Probleme birmanischer Politik wenig beachtet worden, dass die Protagonisten von SPDC und NLD bei allen persönlichen und politischen Unterschieden dieselben sozio-kulturellen Wurzeln und auch sonst einige Gemeinsamkeiten haben.

Khin Nyunt (geb. 1939 in der Nähe Ranguns) und Aung San Suu Kyi (geb. 1945 in Rangun) arbeiten mit dem Einsatz ihrer ganzen Person seit 1988 auf unterschiedliche Weise für dieselbe Sache. Sie wollen erreichen, dass ihr Heimatland wahrhaft unabhängig, befriedet und prosperierend wird. Beide sind Workaholics, persönlich integer und verstehen sich und die Organisationen, die sie an einflussreicher Stelle mit leiten, als Vertreter des „ganzen Birma“. Diese Faktoren können Rivalität begründen, aber auch

³⁸ Siehe zu diesem Konzept und seinen Realisierungen Victor Lieberman, *Burmese Administrative Cycles. Anarchy and Conquest, c. 1580–1760*, Princeton 1984, und Michael Aung Thwin, *Pagan. The Origins of Modern Burma*, Honolulu 1985.

³⁹ So Maung Maung (Anm. 25), S. 9–29.

⁴⁰ So Günter Siemers in *Das Parlament*, Nr. 13/14, 2001, S. 5.

gegenseitigen Respekt, auf der sich eine vertrauensvolle Beziehung aufbauen lässt.

Außerdem ist zu beachten, dass die Armee und die NLD einiges gemeinsam haben. Die birmanische Armee war immer eine „politische Armee“. Sie war unter Führung Aung Sans das erste Gründungsmitglied der AFPFL⁴¹, die die Geschicke Birmas in der so genannten „demokratischen“ Periode nach 1948 dominierte. Ohne Spaltung dieser „militanten Partei“ hätte das Militär 1958 und 1962 nicht die Macht übernehmen können. Umgekehrt besteht die NLD-Führung weitgehend aus ehemaligen Militärs⁴², und auch Aung San Suu Kyi beruft sich immer wieder auf die militärische Funktion ihres Vaters. Die Partei ist, in der Nachfolge der AFPFL, primär eine allumfassende Sammlungsbewegung und nur sekundär eine Partei unter anderen. Das Wahlergebnis von 1990, das ihr ein so eindeutiges Mandat gab, unterstrich diesen Alleinvertretungsanspruch und war daher – wie fast alle Wahlen in Birma davor – ironischerweise ein Votum gegen ein demokratisches Mehrparteiensystem. Schließlich, und entscheidend wichtig, setzt sich die Führung von Militär und NLD nur aus ethnischen Burmesen zusammen.

Beide Gesprächspartner praktizieren – in der Linie birmanischer Traditionen – einen Führungsstil, der persönliche Bescheidenheit und Zurückhaltung mit einer auf die eigene Person konzentrierten Führung verbindet. Die ‚Reinigungen‘, die es im Militär⁴³ und in der NLD⁴⁴ gegeben hat, sind wesentlich auf persönliche Interventionen Khin Nyunts bzw. Aung San Suu Kyis zurückzuführen. Schließlich ist für beide die der Buddhismus von zentraler Bedeutung, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Khin Nyunt vertritt eine Linie, die die gute Intention (*cetana*) der Regierenden als Beschützer des Buddhismus in den Vordergrund rückt. Das

⁴¹ Die AFPFL entstand 1944 als Zusammenschluss der Burma National Army mit den im Entstehen begriffenen kommunistischen und sozialistischen Parteien des Landes.

⁴² Zu Tin U, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der NLD – nicht zu verwechseln mit dem im Februar bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommenen ehemaligen 2. Sekretär des SPDC – siehe Anm. 8. Der Vorsitzende der NLD, Aung Shwe, war früher General. Kyi Maung, auf Grund seiner Popularität langjähriger Sprecher der Partei, bis er sich mit Aung San Suu Kyi 1998 überwarf, war früher Oberst und zwischen 1958 und 1960 Mitglied des Revolutionsrats unter General Ne Win.

⁴³ 1997 etwa wurde mit dem Namenswechsel von SLORC zu SPDC fast die gesamte Führung der Militärjunta und ein Großteil des Kabinettsmitglieder ausgewechselt, wobei die Vorwürfe von Korruption und Unfähigkeit eine zentrale Rolle spielten.

⁴⁴ Zu den Personen, die die NLD – teilweise auf Grund von Kritik an Aung San Suu Kyis Führungsstil – verlassen haben, siehe Amitav Gosh, Burma, in *Lettre International*, Heft 35, 4/1996, S. 32–39; Adrian Levy und Cathy Scott-Clark, Portrait Aung San Suu Kyi, in *Prospect*, Juli 2001 (im Internet: http://www.prospect-magazine.co.uk/highlights/portrait_july01/index.html); *Asiaweek* vom 16. Juli 1999.

drückt sich traditionell vor allem im Bau⁴⁵ oder in der Renovierung von Pagoden aus. Die Titelseiten der Regierungszeitungen zeigen regelmäßig Bilder von Khin Nyunt und anderen führenden Mitgliedern der Junta bei Zeremonien anlässlich der Renovierung von besonders verehrten Pagoden und bei anderen religiösen Handlungen, die von Mönchen zelebriert werden.⁴⁶ Aung San Suu Kyi, deren Mutter aus einer christlichen Karen-Familie stammte, vertritt dagegen einen eher ‚ökumenischen‘ Buddhismus, der auf Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der Lehre des Buddha und auf die Stärkung der persönlichen Tugenden abzielt.⁴⁷

Hier wie in anderen Bereichen ist für eine Neuorientierung der Politik Myanmars eine Verbindung der beiden Konzepte notwendig. Die religiösen Praktiken Khin Nyunts und der Junta zielen auf Machterhalt, nicht auf Veränderung. Im Unterschied zur religiösen Praxis der Oppositionsführerin und einiger ihrer Mitarbeiter entsprechen sie aber den im ländlichen Birma verwurzelten buddhistischen Traditionen.

Die bisherige Patt-Situation in der Politik Myanmars lässt sich in dem mehrdeutigen und flexiblen Verständnis von *kamma* so formulieren: Die Junta versuchte durch ihre Praxis des Baus und der Renovierung von Pagoden in der Tradition der früheren Könige ihr gutes *kamma* nachzuweisen, auf Grund dessen ihre Regierung legitimiert ist. Die Mehrheit der buddhistischen Bevölkerung dagegen sah in Aung San Suu Kyi die durch ihr *kamma* legitimierte Führerin gegen die Herrschaft des Militärs. Wie ihr Vater bei der Wahl von 1947 verdankte sie ihre Popularität, die sich im Wahlsieg der NLD von 1990 niederschlug, einem religiösen Konzept, das von ihr persönlich nicht geteilt wurde.

Zudem haben Junta und Opposition wieder ein gemeinsames Problem: die Bevölkerung leidet. Die Führer beider Seiten mögen gutes *kamma* reklamieren oder es mag ihnen zugeschrieben werden. So lange die Lebensqualität der Bevölkerung nicht verbessert wird, kann deren traditionelle Skepsis jeder Regierung gegenüber nur anwachsen, die sich in dem oft zitierten birmanischen Sprichwort ausdrückt, dass die Regierung immer eins von fünf unvermeidbaren Übeln ist. Diese Aushöhlung der Legitimation beider Konfliktparteien ist von besonderer Bedeutung, da sie die traditionelle burmesisch-buddhistische Grundlage für das Verständnis von Gesellschaft und Politik betrifft.

⁴⁵ Ne Win hat eine Pagode direkt neben der hochverehrten Shwedagon-Pagode gebaut. Than Shwe, der Vorsitzende des SPDC, hat den Bau einer neuen Pagode in der Nähe der neu eröffneten buddhistischen Universität Yangons veranlasst.

⁴⁶ Zu den politischen Implikationen dieses Konzepts siehe Gustaaf Houtman (Anm. 32), S.162.

⁴⁷ Zu den Unterschieden der dahinter stehenden Meditationskonzepte siehe Gustaaf Houtman (Anm. 32), S. 331–343.

In dieser Bedrohung liegt der tiefste Grund für die Chance, die mit den Gesprächen zwischen Junta und Opposition gegeben ist.

d) Die Chance

Die bisherigen Überlegungen lassen sich so zusammenfassen: Der im Oktober 2000 begonnene Dialog ist ein „burmesischer Weg“, um die seit 1988 bestehende Konfrontation zwischen dem ‚militärischen‘ und dem ‚zivilen‘ Myanmar zu überwinden. Er beruht auf der pragmatischen wie grundsätzlichen Einsicht beider Seiten, dass nur ein Interessenausgleich helfen kann, das Erbe Aung Sans zu verwirklichen und die eigenen Ziele zu erreichen.

Die Bangkokener Zeitung *The Nation* verglich die streitenden Parteien mit zwei erschöpften und verwundeten Hähnen „am Anfang vom Ende eines birmanischen Hahnenkampfes“⁴⁸. Auf der Seite der Junta trugen dabei zur Erschöpfung bei: die unverändert schlechte wirtschaftliche Situation; Sanktionen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen wegen der in Myanmar praktizierten Zwangsarbeit angedroht werden; das Drängen der ASEAN-Staaten auf einen politischen Wandel, der die Kontakte des Bündnisses mit den USA und der EU erleichtert; die drohende Abhängigkeit von China; schließlich das Scheitern, den Einfluss Aung San Suu Kyis zu eliminieren.

Auf Seiten der NLD dürfte sich die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass auch sie den Kampf gegen die Junta und ihre asiatischen Unterstützer nicht gewinnen kann. Weiter muss die Partei befürchten, dass der von der Junta auf sie ausgeübte Druck zusammen mit dem Ausbleiben von vorzeigbaren Ergebnissen der Oppositionspolitik ernste Gefahren für ihre Existenz und für ihr Ansehen in der Bevölkerung mit sich bringt. Die Nachrichtenagentur Associated Press berichtete nach dem bisher vorletzten Showdown zwischen Opposition und Regierung anlässlich eines Versuchs von Aung San Suu Kyi im August 2000, Yangon mit einem Auto zu verlassen, dass dieser Vorfall im Ausland weit mehr Aufmerksamkeit gefunden habe als in Myanmar selbst.⁴⁹

Die genannten Faktoren legen einen Kompromiss nahe, der nur tragfähig sein kann, wenn er auf einer gemeinsamen Grundlage aufbaut. Diese Grundlage ist in den von den Gesprächspartnern gemeinsamen burmesischen Traditionen zu finden, die durch den Namen Aung San symbolisiert und religiös durch das Verständnis von *kamma* gestützt werden.

⁴⁸ *The Nation* vom 18.3.2001.

⁴⁹ Associated Press vom 30. August 2001.

IV. Minenfelder

In der Chance eines „historischen Kompromisses“, die mit dem Dialog gegeben ist, liegen aber zugleich die Gefahren für sein Scheitern. Zahlreichen anderen Beteiligten am politischen Leben des Landes ist ein möglicher Kompromiss zwischen zwei im burmesischen Nationalismus verwurzelten Gruppen höchst verdächtig und muss es auch sein. Dass es von burmesischer Seite überwiegend positive Reaktionen auf die Gespräche gab, während nicht-burmesische Gruppen eher skeptisch reagierten, ist dafür ein deutlicher Hinweis.

Hinzu kommt, dass es auch in den beiden Gruppen, die den Dialog begonnen haben, Kräfte gibt, die dem Prozess kritisch gegenüber stehen. Schließlich ist überhaupt nicht gesagt, dass die Gespräche selbst ohne den Druck, der von außen auf sie ausgeübt wird, zum Erfolg führen würden. Die bisherige Konfrontation und die dabei zugefügten gegenseitigen Verletzungen machen es schwer, sich etwa eine Interimsregierung vorzustellen, die aus Mitgliedern der beiden Lager besteht.

Im folgenden werden die Gefahren für den Erfolg der Gespräche im einzelnen differenziert und historisch ausgeleuchtet.

a) Die ethnischen Nationalitäten

Die ethnisch nicht-burmesischen Bewohner Myanmars haben Grund, sich von dem begonnenen Dialog schon deshalb bedroht zu fühlen, weil sie an ihm direkt nicht beteiligt sind. Diese Bedrohung besteht gleichermaßen für die Führer der Gruppen, die mit SLORC/SPDC Abkommen geschlossen haben, wie für die Sympathisanten der NLD.

Khin Nyunt hat für den SLORC/SPDC mit den meisten der gegen das Regime 1988 noch kämpfenden Gruppen Vereinbarungen getroffen, die auf einen Waffenstillstand hinauslaufen. Diese Abkommen wurden mit verschiedenen Gegenleistungen – etwa dem Zugeständnis, weiter mit Drogen handeln zu können – belohnt beziehungsweise erkaufte. Ihre rechtliche Verbindlichkeit ist unklar. Die Führer der Gruppen, die sich auf ein Abkommen mit Khin Nyunt einließen, müssen befürchten, durch eine Einigung des SPDC mit der NLD ihre Pfründe zu verlieren. Dasselbe gilt für die Sympathisanten und Anhänger der NLD unter den ethnischen Nationalitäten, die argwöhnen müssen, die ihnen vorschwebenden Autonomien in einem „föderalen Myanmar“ zu verlieren, wenn auch eine zukünftige Verfassung eine „Union“ und nicht eine „Föderation“ vorsehen sollte.

Dabei ist damit zu rechnen, dass die in Myanmar agierenden Führer der ethnischen Minderheiten Kontakte zu beiden Seiten haben und einen Interessenausgleich mitvollziehen könnten. Für im Exil lebende Birmanen, die nicht der ethnischen Mehrheit angehören und die in den letzten Jahren gegen das Regime des Militärs Stellung bezogen haben, ist dagegen die mit einem „burmesischen Weg“ gegebene Bedrohung besonders heftig. Durch eine Einigung in Yangon würde ihnen die Grundlage für ihr bisheriges Engagement entzogen. Dazu kommt, dass die gemeinsame Opposition dieser Gruppen zur Junta heftige Kämpfe untereinander und bisweilen auch mit den Unterstützern in ihren Gastländern verdeckt.⁵⁰

Ethnizität ist in Birma erst seit dem Beginn der Kolonialzeit ein politisch relevantes Problem. Davor wurde das Land von burmesischen, aber auch nicht-burmesischen Herrschern auf der Grundlage des hinduistischen *mandala*-Konzeptes regiert. Ein *mandala* ist der Einflussbereich eines politischen Zentrums, in dem sich Macht und Autorität konzentriert.⁵¹ An die Stelle dieses zentralistischen Modells mit unscharfen Grenzen setzten die westlichen Kolonialisten das Konzept territorial begrenzter Nationalstaaten. Damit brachten sie – ganz unvermeidlich – eine Dynamik in Gang, durch die die bisher überwiegend vertikal strukturierten Beziehungen zwischen Zentrum und Rändern auf die horizontale Ebene verlagert wurden.

Es war nicht zufällig ein Angehöriger der christlich gebildeten Elite der Karen⁵², der 1928 für sein Volk einen eigenen Staat forderte und diese Forderung mit der Unmöglichkeit eines Zusammenlebens von Burmesen und Karen begründete.⁵³ Die Rebellen der christlichen Karen sind bisher die einzige Gruppierung, die keinerlei Vereinbarung mit der Militärjunta geschlossen haben. Für andere ethnische Nationalitäten ist der Prozess der „Re-Nationalisierung“ erst nach 1988 voll zum Tragen gekommen. Er wirkt in einer Zeit der Bemühungen um eine Überwindung nationalistischen Denkens und der Kritik an einem „myanmarischen Nationalismus“ gerade aus den Reihen der ethnischen Minderheiten eigentümlich anachronistisch.⁵⁴

⁵⁰ In Deutschland etwa ist es bisher nicht gelungen, ein über längere Zeit funktionsfähiges Netzwerk birmanischer Solidaritätsgruppen aufzubauen und funktionsfähig zu erhalten.

⁵¹ Zu den Feinheiten dieses Konzepts siehe Sunait Chutintaranont, „Mandala“, „Segmentary State“ and Political Centralization in Medieval Ayudhdhaya, in *The Journal of the Siam Society*, Band 78, Teil 1, 1990, S. 89–100.

⁵² Unter den Karen sind die Christen nur eine Minderheit. Die politisch bedeutsamen Führer dieser ethnischen Gruppe sind aber fast alle Christen.

⁵³ San C. Po, *Burma and the Karens*, London 1928.

⁵⁴ So stellt ein im Jahr 1998 in Ottawa zusammengekommenes „Chin-Forum“ in der Einleitung zu einem eigenen Verfassungsentwurf fest: „Chinland, a formerly free state, was co-founder of the Union of Burma under the Panglong Agreement. The military regime

Die Vertreter der ethnischen Nationalitäten stecken in einem Dilemma. Sie müssen auf der einen Seite den begonnenen Dialog begrüßen, schon weil sie überwiegend Aung San Suu Kyi als legitime Vertreterin der Opposition anerkannt haben. Diese Unterstützung geschieht in der Erwartung, dass Aung San Suu Kyi die Politik ihres Vaters fortführen wird, die sich in dem berühmten Abkommen von Panglong vom 12.2.1947 niedergeschlagen hat. In diesem Abkommen erklärten die Vertreter verschiedener Volksgruppen ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Unabhängigkeit Birmas von Großbritannien anzustreben. Diese Erklärung hatte allerdings nur symbolische und keine rechtlich bindende Bedeutung. Sie wurde von Repräsentanten der Karen und Karenni gar nicht unterzeichnet. Ihr Zustandekommen war allein der moralischen Autorität Aung Sans zu verdanken.⁵⁵

Die ethnischen Nationalitäten müssen angesichts der Gespräche zwischen zwei burmesischen Parteien befürchten, dass ihre Völker weiterhin unter der Hegemonie der ethnischen Mehrheit des Landes bleiben. Daher fordern sie, an diesen Gesprächen als „dritte Partei“ beteiligt zu werden. Diese Forderung kann aber auf ein Scheitern durch unbegrenzte Erweiterung des Dialogs hinauslaufen. Das ist etwa daran abzulesen, dass auf einer im März 2001 abgehaltenen Konferenz in Bangkok Vertreter von 53 Organisationen anwesend waren.⁵⁶ Die „dritte Partei“ besteht aus einer Vielfalt von Gruppen, deren Gemeinsamkeit allein durch die Gegnerschaft zum gegenwärtig regierenden Militär unter burmesischer Führung bestimmt ist. Im Rückblick wird der Antagonismus zwischen den ethnischen Nationalitäten und dem burmesischen Militär auf die Machtübernahme durch General Ne Win im Jahr 1962 zurückdatiert.⁵⁷

Diese Datierung ist aus mehreren Gründen problematisch und in sich widersprüchlich. Der 1963 begonnene Aufstand der christlichen Kachin im Norden des Landes gegen die Zentralregierung etwa hatte als wesentliche

discarded the 1947 democratic constitution, which safeguarded the Panglong Agreement. Therefore we, the Chin people, consider ourselves as a free nation until and unless a constitution, which guarantees our rights, is proclaimed.“ (<http://www.chinform.org/constitution.html>)

⁵⁵ Einzelheiten bei Susanne Prager (Anm. 37), S. 254–272.

⁵⁶ <http://www.freeburmacoalition.org/frames/Press%20Releases/01-03-20.htm>. Die offizielle Broschüre Hla Mins (Anm. 4) benennt – als Argument für eine Begrenzung regionaler und ethnischer Autonomie – 8 ethnische Haupt- und 133 Untergruppen.

⁵⁷ Ein Anlass für den Putsch vom 2. März 1962 war die Befürchtung, eine gerade stattfindende Konferenz über die Zukunft der Minderheiten würde zu Konzessionen von Seiten der Regierung Nus führen, die die Einheit der birmanischen Union bedrohen könnten. Siehe dazu die Anmerkungen des Chin-Experten F.K. Lehman, der den Coup aus nächster Nähe miterlebte: F.K. Lehmann (Hrsg.), *Military Rule in Burma since 1962. A Kaleidoscope of Views*. Aingapur 1982, S. 2–5). – Zu den tieferen Ursachen siehe Mary Callahan (Anm. 21).

Ursache den Beschluss der letzten Regierung Nus, den Buddhismus zur Staatsreligion des Landes zu machen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass die Grundlage für die umgangssprachliche Verständigung von Vertretern der verschiedenen ethnischen Gruppen die birmanische Sprache ist, deren – nicht überall gleichmäßig und mit problematischen Methoden forcierte – Einführung in Birma in der Epoche des „Birmanischen Wegs zum Sozialismus“ unter Ne Win erfolgte. Die nach 1988 unter hohen finanziellen und politischen Kosten erfolgte Befriedung der Grenzgebiete Birmas hat neben Problemen auch sehr positive Aspekte. Es hatte über die Jahre hin erbitterte Kämpfe zwischen Einheiten ethnischer Rebellengruppen und Einheiten der Kommunistischen Partei Birmas auf der einen und den Truppen der Zentralregierung auf der anderen Seite gegeben, aber auch unter den einzelnen Gruppen und ihren Warlords.

Eine Grundvoraussetzung auf Seiten der ethnischen Nationalitäten für eine Beteiligung am Dialog ist daher die Anerkennung einer zumindest teilweise gelungenen politischen Geschichte im gemeinsamen „birmanischen Haus“ auch nach Aung San. Eine Berufung allein auf den „Geist von Panglong“ reicht angesichts der Vieldeutigkeit der damaligen Proklamation nicht aus. Umgekehrt ist es natürlich notwendig, die Ansprüche der Minderheiten ernst zu nehmen und vor allem zu versuchen, die in Myanmar agierenden Gruppierungen bei der Organisation ihrer Interessen zu unterstützen.

b) Der „demokratische Westen“

„Demokratie“ war der Slogan, der von der Weltöffentlichkeit am stärksten mit den Demonstrationen von 1988 verknüpft wurde. Seitdem wird die Opposition in Myanmar pauschal mit dem Epitheton „demokratisch“ charakterisiert. Die westlichen Demokratien haben diese Opposition nach 1988 unterstützt. Die Motivation und die Konsequenz ihres Handelns waren und sind dabei durchaus unterschiedlich. Aung San Suu Kyi wurde als Sprecherin eines „demokratischen Birma“ angesehen. Besuche bei ihr hatten oft den Charakter von Wallfahrten. Es waren vor allem westliche Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich in Zusammenarbeit mit im Ausland lebenden Birmanen der Achtung von Demokratie und Menschenrechten in Myanmar verschrieben haben und die einen oft sehr aggressiven Druck ausüben.

Die verschiedenen westlichen Unterstützer der „Demokratiebewegung“ in Myanmar stehen vor einem ähnlichen Ja-Aber-Problem wie die Gruppen der ethnischen Nationalitäten: Sie können die begonnenen Gespräche nicht kritisieren, sie aber auch nicht gutheißen. Ganz offenbar wird in ihnen ein „burmesischer Weg“ zur Demokratie eingeschlagen, der es möglich machen könnte, dass die seit einem Jahrzehnt angeprangerten Verletzungen der

Menschenrechte in Birma ungesüht bleiben. Ihre in den letzten Jahren vorgebrachten Forderungen könnten – weitgehend – Makulatur werden.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass das bisherige Engagement westlicher Regierungen und unabhängiger Gruppen für ein „demokratisches Birma“ durch den Dialog in hohem Maße betroffen ist. Die staatlichen birmanischen Medien haben Aung San Suu Kyi bisher als eine Agentin des westlichen Neokolonialismus, der sich demokratisch tarnt, charakterisiert. Wenn diese Angriffe – als eine „vertrauensbildende Maßnahme“ – nun erst einmal eingestellt worden sind, heißt das nicht nur, dass die Junta das von Aung San Suu Kyi repräsentierte westlich beeinflusste Demokratieverständnis zumindest als Grundlage für weitere Gespräche zur Kenntnis zu nehmen bereit ist. Es bedeutet auch, dass Aung San Suu Kyi bereit ist, das aus westlicher Sicht negative „Demokratieverständnis“ der Junta und der ihr vorangegangenen Regierung in gewisser Weise zu respektieren. Das ist eine heftige Herausforderung für alle Birma-Aktivisten, die bisher die Regierung Myanmars an den Pranger gestellt haben. Die möglichen Reaktionen auf diese Herausforderung seitens der „Burma-Lobby“ und die von ihr beeinflussten Politiker sind ein schwer kalkulierbares Risiko für die weiteren Gespräche.

c) Das Militär

Dass Myanmars Militär nicht aus einem Guss ist, steht außer Frage und ist eine recht banale Feststellung. In der Regel wird zwischen einem „harten“ und einem eher „flexiblen“ oder „pragmatischen“ Flügel unterschieden. An Personen festgemacht heißt das: General Than Shwe, der Vorsitzende des SPDC, Staatspräsident und Premierminister des Landes, gilt als eher ‚liberal‘ und flexibel, sein Stellvertreter, General Maung Aye, eher als *hardliner*. Auf der Ebene der „Sekretäre“ des Rates, also dort, wo die Politik konkret umgesetzt wird, gilt Generalleutnant Khin Nyunt als der Intelligenteste und als Vordenker einer Öffnung der Opposition gegenüber. Der Sekretär Nr. 2, Generalleutnant Tin U, der im Februar 2001 beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben kam, galt dagegen eher als Vertreter einer kompromisslosen Linie.

Diese Einschätzungen, die *conventional wisdom* reproduzieren⁵⁸, beschreiben die Risse und Verwerfungen, die es in den Streitkräften zweifels- ohne gibt, nicht angemessen. Ein Blick auf die Geschichte der heutigen bir-

⁵⁸ So James Guyot in seinem Jahresbericht 1997 über Birma in *Asian Survey*, Bd. 38, Nr. 3, März 1998, S. 194.

manischen Armee kann die möglichen „Sollbruchstellen“ innerhalb des seit 1962 die Politik Birmas dominierenden Militärs entdecken helfen.

Feierlich ins Leben gerufen wurde die Armee mit einer auf die Königszeit zurückgehenden Zeremonie des gemeinsamen Blut-Trinkens am 27.12.1942 in Bangkok. Der spätere „historisierte Mythos“ der Streitkräfte enthält als wesentliches Element die Behauptung, dass die Angehörigen des Militärs in der gesamten Geschichte des unabhängigen Birma „Blut und Schweiß geopfert“⁵⁹ hätten, um das Land vor äußeren und inneren Feinden zu bewahren.⁶⁰ Die entsprechenden Ereignisse werden immer und immer wieder genannt: der Unabhängigkeitskampf gegen Briten und Japaner; die Verteidigung des Landes gegen die chinesischen Kuomintang-Armeen; der seit 1948 geführte Kampf gegen die Rebellen im eigenen Land; die Rettung des Landes angesichts der Zwietracht der Politiker im Jahre 1958 sowie angesichts der drohenden staatlichen Desintegration 1962; schließlich die Bewahrung des Landes vor dem in Birma ausgebrochenen politischen Chaos nach dem weltweiten Scheitern des Sozialismus im Jahr 1988.

Die Streitkräfte verstehen sich als Wahrer der Unabhängigkeit, Integrität und Einheit des Landes und betrachten es als eine „heilige Pflicht“, dieser Aufgabe nachzukommen. Dazu muss das Militär selbst unabhängig, integer und einig sein. Diese Tugenden werden immer wieder durch wirkliche oder vermutete Fehler von Angehörigen der *Tatmadaw* verletzt. Daher zieht sich durch die Geschichte der Streitkräfte eine Folge von ‚Reinigungen‘, bei denen Einzelne oder ganze Gruppen ausgeschlossen und durch andere ersetzt werden.⁶¹ Machtkämpfe auf Grund von Rivalitäten, unterschiedliche Meinungen über die Richtung etwa der Wirtschaftspolitik und Korruptionsvorwürfe werden ins Spiel gebracht. Die jeweilige Führung der Streitkräfte ist dabei immer Herr der Lage geblieben. Mit einem Auseinanderbrechen der Streitkräfte ist daher nicht zu rechnen, eher damit, dass sich unterschiedliche Gruppen mit ihren verschiedenen Interessen und Loyalitäten gegenseitig blockieren und damit den Dialog mit Aung San Suu Kyi zum Stillstand bringen.

Die in den Streitkräften aufgetretenen Spannungen sind in der bisherigen Geschichte der Streitkräfte vor allem auf die unterschiedlichen Perspektiven von aktiven Kommandeuren in den einzelnen Militärabschnitten und

⁵⁹ So ein Slogan, der nach 1988 auf zahlreichen Spruchtafeln im Lande zu sehen war.

⁶⁰ Siehe im einzelnen: A *Tadmadaw Researcher*, *A Concise History of Myanmar and the Tadmadaw's Role 1948–1988*, 2 Bände, Rangun 1991.

⁶¹ Zu Einzelheiten bis 1962 siehe Mary Callahan (Anm. 21), S. 498–506. Zur Zeit nach 1988: Mary Callahan, *Junta Dreams or Nightmares? Observations of Burma's Military since 1988*, in *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 1999, S. 52–58.

den Inhabern von Stabsstellen in der Hauptstadt zurückzuführen.⁶² In diesem Zusammenhang hat Generalleutnant Khin Nyunt das große Handicap, nie ein Kommando geführt zu haben. Andererseits hat er als langjähriger Chef des Geheimdienstes genaue Kenntnisse über mögliche Konkurrenten und ist auf Grund seiner persönlichen Integrität und seiner Leistungen etwa bei den Waffenstillstandsabkommen mit verschiedenen Rebellengruppen nur schwer angreifbar.

Weitere Risse im Militär sind wahrscheinlich. Dabei spielen die unterschiedlichen Orte eine Rolle, an denen einzelne Offiziere ausgebildet wurden. Es gibt unterschiedliche Sichtweisen einer „älteren“ und einer „jüngeren“ Generation von Soldaten. Diese sind dadurch verschärft worden, dass die Angehörigen der Streitkräfte in den letzten Jahren weniger für den militärischen Kampf als für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Lande herangezogen wurden.

Es gibt zahlreiche Anlässe für eine mögliche Blockade der internen Diskussionen innerhalb der Streitkräfte. Da ist der Themenkomplex, welche Zugeständnisse der NLD gemacht werden können. Ganz konkret stellt sich die Frage nach der Strafverfolgung von Mitgliedern des SPDC und der Streitkräfte generell wegen der Urteile, die gegen zahlreiche Mitglieder der Oppositionspartei gefällt wurden, und wegen der Verletzungen von Menschenrechten. Es steht immer noch die Bemerkung eines führenden NLD-Funktionärs im Raum, dass die Mitglieder von SLORC vor eine Art „Nürnberger Tribunal“ gestellt werden müssten.

Eine andere zentrale Schwierigkeit ist mit der notwendigen Einbeziehung der ethnischen Nationalitäten in den Dialog gegeben. Nach Ansicht der militärischen Führung gelten die Randgebiete im wesentlichen als militärisch wie politisch „befriedet“. Die Pragmatiker in der Zentrale in Yangon könnten daher geneigt sein, den Forderungen der ethnischen Nationalitäten nach einer föderalen Verfassung eines zukünftigen Myanmar entgegenzukommen. Die Kommandanten in den Randgebieten dagegen werden auf dem Hintergrund ihrer konkreten Erfahrungen mit den schwierigen Bedingungen vor Ort eine eher unnachgiebige Haltung gegenüber allen Autonomietendenzen einnehmen.

Es ist also möglich, dass die *hardliner* unter den Militärs und den Führern der ethnischen Nationalitäten eine Art ungewollter Allianz gegen die Pragmatiker auf beiden Seiten bilden.

Schließlich ist völlig unsicher, welche Folgen der Tod des über 90-jährigen und kränkenden Ne Win auf das innere Gefüge der Streitkräfte haben

⁶² Zu diesen Unterschieden für die Zeit bis 1962 siehe Mary Callahan (Anm. 21); zur Zeit nach 1988: Mary Callahan (Anm. 61).

würde. Über seinen direkten oder indirekten Einfluß auf die Armee nach seinem Rücktritt im Juni 1988 wird immer wieder spekuliert. Letztlich können nur die Ereignisse nach seinem Tod darüber Aufschluss geben, welche Berechtigung diese Mutmaßungen haben.

d) Die NLD

Mit der Militärregierung seit 1988 hat die NLD auch gemein, dass ihre interne Geschichte mitsamt der internen Spannungen und Spaltungen für die Außenstehenden im wesentlichen hinter verschlossenen Türen stattfand. Die eigentliche Zentrale der NLD⁶³ ist das Haus in der University Avenue Nr. 54 am Inya-See, in dem Aung San Suu Kyi seit 1988 wohnt. Das Grundstück gehört Aung San Suu Kyis Familie.⁶⁴ Hier fanden Parteitage der NLD statt. Während der Zeit ihres Hausarrestes bis 1995 wurden von einem Podest hinter dem Eingangstor zweimal in der Woche Ansprachen der Oppositionsführerin und ihrer Parteifreunde gehalten, denen die an den Straßenrändern versammelten Anhänger zuhörten. Das Haus ist im Laufe der Zeit zu einer Art Wallfahrtsort für die birmanischen und ausländischen Anhänger Aung San Suu Kyis geworden.

Die Partei wurde im September 1988, kurz nach der Machtübernahme von SLORC, gegründet.⁶⁵ Zwei ehemalige Militärs und ins Abseits gedrängte ehemalige „Kronprinzen“ Ne Wins (Ex-Brigadier Aung Gyi und Ex-General Tin U) waren Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender, Aung San Suu Kyi Generalsekretärin. Aung Gyi verließ die Partei im Dezember unter anderem mit der Begründung, sie sei „kommunistisch unterwandert“, und gründete seine eigene Liga. Tin U wurde sein Nachfolger, neuer Stellvertretender Vorsitzender wurde Kyi Maung, ebenfalls ein ehemaliger Militär.

Mit dem Begriff der „Liga“ knüpften die NLD und andere Parteien⁶⁶ an den Namen der Sammlungsbewegung Aung Sans, der AFPFL, an. Sie rekla-

⁶³ Das offizielle Büro der NLD befindet sich in der West-Shwegondine Road.

⁶⁴ Im Jahr 2000 strengte Aung San U, der in den USA lebende Bruder Aung San Suu Kyis, vor einem Gericht in Yangon eine Klage gegen seine Schwester auf Übertragung der Hälfte des Grundstücks an, das bis zu ihrem Tode im Jahr 1989 im Besitz von Khin Kyi, der Witwe Aung Sans, gewesen war. Dass dieser Klage Anfang 2001 nicht stattgegeben wurde, wurde als eine der Maßnahmen der Deeskalierung des Konflikts zwischen Junta und Aung San Suu Kyi gewertet. Das Verfahren läuft aber noch weiter.

⁶⁵ Als Gründungstag wird meist der 24.9.1988 angegeben. Offiziell registriert wurde die Partei im November 1988.

⁶⁶ Nu, Premier von 1948–1956, 1957/58 und 1960–1962, gründete die League for Democracy and Peace, die Namen vieler Parteien in den nicht-burmesischen Gebieten enthielten ebenfalls die Stichworte „Liga“ und „Demokratie“.

mierten in der Nachfolge dieser „Partei“ einen alleinigen Anspruch auf politische Führung. Die NLD institutionalisierte wie ihr Vorbild das Problem einer „demokratischen Einheitspartei“. Hierin liegt ein Dilemma der NLD wie der gesamten „Demokratie-Bewegung“ Birmas/Myanmars.

An dem Wahlergebnis von 1990 ist nicht nur beachtenswert, wie wenige Sitze die dem Militär nahestehende National Unity Partei erhielt (10 bei immerhin über 21 % der Stimmen), sondern vor allem, dass die von Nu und Aung Gyi gegründeten Parteien fast ganz leer ausgingen. Einzige Konkurrenz für die NLD waren solche Parteien, die nur in bestimmten Regionen des Landes Kandidaten aufstellten. 19 dieser Parteien, die verschiedenen ethnischen Gruppen zugeordnet werden können, errangen Sitze. Die Wähler sahen die NLD als Nachfolgerin der AFPFL an, jener Sammlungsbewegung, die unter Führung Aung Sans bei den ersten Wahlen nach dem Krieg im April 1947 einen noch größeren Wahlsieg erreichte.

Der Vergleich mit der Wahl von 1947, mit der Birmas Unabhängigkeit von Großbritannien auf den Weg gebracht wurde, ist in mehrfacher Hinsicht instruktiv. In beiden Fällen waren es die Popularität und das Charisma der Führer der siegreichen Parteien, auf die die Eindeutigkeit der Wahlergebnisse zurückzuführen ist. Mit Aung San und mit seiner Tochter verbanden sich messianische Erwartungen eines umfassenden Neuanfangs für das Land. Die Wahlen hatten den Charakter einer großen plebiszitären Akklamation und waren in diesem Sinne „demokratisch“. Schließlich gab es 1947 wie 1990 politische Rivalen, die aus verschiedenen Gründen der Inthronisation einer neuen Lichtgestalt misstrauten.

Das zentrale Problem der NLD besteht auf diesem Hintergrund in den hohen Erwartungen, die an die Partei von innen und außen herangetragen worden sind. Diese Erwartungen bündeln sich zudem in einer einzelnen Person, in Aung San Suu Kyi.⁶⁷ Die Partei hat seit ihrer Gründung 1988 einen Zickzackkurs gefahren, in dem sich die Forderungen nach Anerkennung des Wahlergebnisses von 1990 und die Angebote zu einem Dialog mit der Militärführung abwechselten.

Dieser Kurs erklärt sich teilweise daraus, dass die Partei auf Grund ihres Anspruchs, das ganze Birma zu vertreten, eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen integrieren muss. Von Anfang an gab es zwei Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungen im Hinblick auf die Ziele der NLD und den Umgang mit dem Wahlsieg. Die „ältere Generation“ tendierte zu einem kompromissbereiten Umgang mit dem Militär, zu dem auf Grund der eigenen

⁶⁷ Das gilt vor allem im Blick auf die ethnischen Nationalitäten, unter denen es ein tiefes Misstrauen gegenüber allem gibt, das ethnisch burmesisch ist (siehe etwa *Asian Wall Street Journal* vom 20.4.2001, zitiert in der Ausgabe von BurmaNet vom 24.4.2001).

früheren Zugehörigkeit immer noch Kontakte bestanden. Daneben gab es die „junge Generation“ vor allem der Studenten, die die Demonstrationen von 1988 angeführt hatten. Sie vertrat eine kompromisslose Haltung, die sich in dem Beinamen ausdrückte, den der „Held“ dieser Studentenbewegung annahm: Min Ko Naing, „Einer, der Könige stürzt“.⁶⁸

Die NLD musste somit die Wünsche nach einer Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel im Rahmen des traditionellen birmanischen Herrschaftskonzepts berücksichtigen, zugleich aber auch einer Reihe anderer nationaler und internationaler Anforderungen gerecht zu werden versuchen. Dazu gehörten das Streben nach Autonomie von Seiten der ethnischen Nationalitäten⁶⁹ und die Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft nach einer Angleichung der birmanischen politischen Strukturen an die von den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen festgelegten Standards.

Eine Partei, die 1988 erst aus dem Boden gestampft werden musste und die in der Folgezeit erheblichem Druck von Seiten der Regierung ausgesetzt war, konnte diesen Anforderungen nicht real, sondern nur symbolisch gerecht werden. Dass sie nicht untergegangen ist, ist der Person zu verdanken, der auch der Wahlsieg von 1990 zuzuschreiben ist, Aung San Suu Kyi. Sie vereint in ihrer Person alle oben genannten Anforderungen: Sie ist Tochter des Staatsgründers und somit Erbin der Tradition der birmanischen Unabhängigkeitsbewegung, in der das Militär eine zentrale Rolle einnimmt. Sie ist zugleich „neu“, weil sie in der Politik Birmas bisher keine Rolle spielte. Ihre Mutter war eine Karen und die Tochter eines christlichen Pastors. Ihr Mann schließlich war ein Brite.⁷⁰

Alle diese Stärken lassen es logisch erscheinen, dass der Dialog mit dem Militär nur von Aung San Suu Kyi geführt werden konnte und kann. Ihre Ausnahmestellung macht sie und ihre Partei aber auch außerordentlich verwundbar. Sie hat keinerlei Hausmacht hinter sich, sondern ist darauf angewiesen, dass die aktuell mit ihr kommunizierenden und ihre virtuellen Partner gutheißen, was sie mit der „anderen Seite“ diskutiert und verabredet.

⁶⁸ Sein bürgerlicher Name ist Paw U Tun. Er wurde 1989 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. – Der oben erwähnte Name wurde 1988 von verschiedenen Studenten als Pseudonym benutzt. Dadurch wurde deutlich, dass sich die Studenten als eine Art politisches Kollektiv verstanden, das das ‚ganze Birma‘ vertrat.

⁶⁹ Die NLD zögerte offenbar anfangs, auch in den 7 ethnisch bezeichneten „Staaten“ Kandidaten aufzustellen, und konzentrierte sich zuerst auf die 7 burmesischen Divisions des Landes. Im Endergebnis kandidierte sie landesweit und gewann auch in allen „Staaten“ Mandate, allerdings nirgendwo die Mehrheit der Sitze. Hier liegt ein Unterschied zur Wahl von 1947 vor.

⁷⁰ Dr. Michael Aris starb am 27.3.1999.

Mit dem Dialog stellt sich für die NLD die Frage nach der Aufgabe einer ihrer beiden sich widersprechenden Optionen, die sie bisher auf Grund des äußeren Drucks miteinander kombinieren konnte: eine Sammlungsbewegung für alle zu sein – oder eine Partei unter und neben anderen. Die zweite Möglichkeit könnte durchaus auf eine Spaltung der NLD hinauslaufen und Aung San Suu Kyi frei machen, mit Billigung des Militärs eine Rolle als einheitsstiftende Symbolfigur für ganz Myanmar zu übernehmen.

V. Zusammenfassung

Geschichte ist immer ein Prozess mit offenem Ausgang, der in die Zukunft weist. Umgekehrt sind auch aktuelle historische Prozesse nie ganz und gar offen und undeterminiert. Einige der in diesem Beitrag skizzierten Determinanten für Myanmars zukünftige Entwicklung geben Anlass zu der Vermutung, dass das Land an der Schwelle zu einer neuen Periode seiner Nachkriegsgeschichte steht.

Es deutet einiges darauf hin, dass die im Oktober 2000 begonnenen Gespräche sich in einem zentralen und sehr sensiblen Punkt von denen unterscheiden, die auch schon in früheren Jahren stattgefunden haben. Dieser Punkt ist die Frage der Legitimität. Beide Seiten scheinen offenbar bereit, die andere Seite als zumindest partiell legitimiert anzuerkennen, Myanmars Geschicke mit zu gestalten. Für dieses Ereignis gibt es in der Geschichte des Landes keinen wirklichen Präzedenzfall. Daher stellt der begonnene Dialog ein historisches Ereignis dar, auch wenn er nicht in kurzer Zeit zu sichtbaren Fortschritten führen sollte. In diesem Sinne ist es gerechtfertigt, wenn die Gespräche von einigen Burmesen schon als „Durchbruch“ bezeichnet wurden.

Das Besondere an den Gesprächen ist, dass sie der Anfang für das Entstehen einer neuen politischen Kultur in Myanmar sein können. In dieser Kultur könnte das bisher vorherrschende Prinzip des Entweder-Oder der um die Führung des Landes streitenden Personen oder Gruppen überwunden werden. Gleichzeitig wäre ein Übergang von einer pluralen Gesellschaft, in der sich nach Furnivalls bekannter Formulierung die einzelnen ethnischen Gruppen „mischen, aber nicht verbinden“⁷¹, zu einer pluralistischen Gesellschaft möglich.

Der Weg zu einer solchen Kultur wird, wie die längst nicht vollständige Liste der „Minenfelder“ zeigt, noch lang und dornig sein. Eine erste Bewäh-

⁷¹ John S. Furnivall, *Colonial Police and Practice. A Comparative Study of Burma and Netherlands India*, New York 1948, S. 304.

rungsprobe steht dem begonnenen Dialog bevor, wenn er den Raum der burmesisch-buddhistisch geprägten politischen Traditionen verlässt und die ethnischen Nationalitäten sowie deren Verbündete mit einbezieht. Eine weitere Bewährungsprobe wird der Übergang von vertrauensbildenden Gesprächen zu konkreten Verhandlungen sein.

Die Hoffnung auf einen Erfolg des begonnenen „burmesischen Wegs zur Demokratie“ stützt sich vor allem darauf, dass es zu ihm keine Alternative gibt, die den Menschen im Lande zugute kommen würde. Die Gefahr besteht darin, dass einige Gruppen das anders sehen und den begonnenen Prozess negativ zu beeinflussen versuchen.

Es wird aber wohl kaum weitere 10 Jahre dauern, bis es sich wieder lohnt, über neue Entwicklungen in Myanmar zu berichten.